

Hauß, Friedrich

**Book Part — Digitized Version**

## Zur Strategie fortschrittlicher Gemeinwesenarbeit

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Hauß, Friedrich (1975) : Zur Strategie fortschrittlicher Gemeinwesenarbeit, In: Victor Gollancz-Stiftung, Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit (Frankfurt/M.) (Ed.): Reader zur Theorie und Strategie von Gemeinwesenarbeit. 2. Aufl., Victor Gollancz-Stiftung, Frankfurt/M., pp. 252-275

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112463>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

FRIEDRICH HAUSS:

ZUR STRATEGIE FORTSCHRITTLICHER GEMEINWESENARBEIT

Reformen wie die GWA haben einen Doppelcharakter. Einerseits stellen sie sich in die Tradition der Sozialarbeit und erfüllen damit ihre Funktion für das Kapital und seinen Staat. Andererseits bietet GWA durchaus die Möglichkeit, im Sinne der Bevölkerung eingesetzt zu werden. Sie ist ein Mittel, den Kampf der Bevölkerung zur Erhaltung ihrer materiellen Situation zu unterstützen, ein relativ unwichtiges und in der Gesamtstrategie dieser Kämpfe zu vernachlässigendes Mittel. Ein Mittel, dessen Reichweite zudem immer wieder von Auftraggebern beschränkt und bedroht ist.\*)

Ein Sozialarbeiter, gleichgültig ob mit professioneller GWA beschäftigt oder nicht, kann sich aus dem Kräftefeld zwischen Arbeit und Kapital nicht heraushalten, denn er ist unmittelbar durch seine Arbeit damit verbunden. Für ihn stellt sich die Frage: Mit der Arbeit gegen das Kapital oder mit dem Kapital gegen die Arbeit. Er wird sich zu entscheiden haben. Wenn Sozialarbeiter durch Arbeitsvertrag für GWA eingesetzt sind und sich entschlossen haben, es mit der Arbeit gegen das Kapital zu halten, dann werden sie sich überlegen müssen, welche Rolle die GWA darin spielen kann und wie sie zu nutzen ist.

Die generelle Parteinahme für die Interessen der Bevölkerung sagt über die tatsächlichen Inhalte der Arbeit noch nichts aus, auch nicht über ihre Strategie und Taktik. Diese sind an die objektiven Bedingungen gebunden, die die GWA in ihrem Arbeitsfeld vorfindet.

So soll zum Beispiel GWA in Neubaugebieten zu allererst für Ruhe sorgen und an zweiter Stelle den Unmut so kanalisieren, daß nur wenige Forderungen (Gründung von Kindergartengruppen, Bastelclubs etc.) erfüllt werden. Fortschrittliche GWA würde hier die Kämpfe nicht abwiegeln, sondern sie so weit wie möglich unterstützen, konkrete Forderungen aufgreifen und die Bevölkerung zu ihrer Realisierung mobilisieren. Hauptschwer-

\* Zur Ableitung dieser Argumentation s. Fr. Hauß: Reformen im Kapitalismus. Seite 11 ff., hier Seite 112 ff.

punkt in solchen Siedlungen wird es also sein, wesentliche Forderungen durchzusetzen, und zwar mit allen geeigneten Mitteln.

Etwas anders sieht die Situation z.B. in Obdachlosensiedlungen aus. Auch hier fehlt es am Notwendigsten, aber die soziale Lage der Bewohner setzt andere Schwerpunkte. Offiziell sollen die Obdachlosen aktiviert und an die Normen der herrschenden Klasse herangebracht werden. Fortschrittliche GWA hat andere Aufgaben. Ihr geht es vor allem um eine Reintegration der Obdachlosen in die Arbeiterklasse, aus der sie größtenteils stammen, d.h. aber, daß in Strategie und Taktik eine enge Verbindung der Obdachlosenarbeit zu den Kämpfen der Arbeiterklasse gezogen werden muß. Denn nur in der Arbeiterklasse finden sie den nötigen Halt, so daß sie die Aktivitäten überhaupt aufnehmen und durchstehen können, die zu einer Verbesserung ihrer Lage führen sollen. Zwar erkennen viele GWA-Teams das an, aber bei der Realisierung dieser Erkenntnis ist bisher wenig Konsequenz gezeigt worden.

Noch anders sind die Aufgaben in Sanierungsgebieten. Hier geht es zum einen schwerpunktmäßig um die Verteidigung des Viertels, zum anderen aber auch um die Durchsetzung von Forderungen, die der sozialen und materiellen Abwirtschaftung des Viertels entgegenwirken.

#### Elemente fortschrittlicher GWA

Das Haidhausen-Büro hat drei Elemente einer solchen Strategie angegeben, die uns auszureichen scheinen. Es sind dies:

- 1) Hilfestellung bei konkreten Konflikten und Aktionen.
- 2) Aufklärung über die tatsächliche Lage im Viertel und Versuche, diese spezielle Situation aus den allgemeinen Widersprüchen im Kapitalismus abzuleiten.
- 3) Organisierung zur Stabilisierung der Proteste und Kämpfe.

Ihren Zusammenhang und ihre Gewichtung untereinander hat das Haidhausen-Büro richtig erkannt: "Von der Hilfestellung bei

akuten Konflikten durch Aufklärung zur Organisierung." 1)  
Entsprechend den einzelnen Arbeitsfeldern von GWA sind die drei Elemente fortschrittlicher GWA: Hilfestellung bei konkreten Konflikten, Aufklärung und Organisierung jeweils konkret anzuwenden und umzusetzen. Freilich unterscheiden sich dann die einzelnen Strategien nicht dem Wesen nach, sondern nur gemäß ihrer Anwendungsgebiete.  
Alle drei Elemente wollen wir näher untersuchen.

#### Zu 1): Hilfe bei konkreten Konflikten

Natürlich sind auch Information und Aufklärung Hilfestellungen für die Bevölkerung. Aber die Arbeit fortschrittlicher GWA reicht über die Information und Aufklärung hinaus.  
Zur konkreten Hilfestellung zählen vor allem folgende Aufgaben:

- Aufgreifen und Auswählen von Konflikten;
- Herstellen von Kontakten:
  - unter den Betroffenen
  - zu Behörden
  - zu politischen Organisationen
- Bereitstellen von organisatorischem und technischem Material und 'Know-how'.

#### Aufgreifen und Auswählen von Konflikten

In jedem Wohnviertel gibt es zahlreiche Mißstände, die, wenn sie von der Bevölkerung aufgegriffen werden, zu Konflikten führen. Uns beschäftigen in diesem Zusammenhang vor allem jene, die zwischen der Gesamtheit oder einer möglichst großen Zahl von Bewohnern und ihren Gegnern, vor allem aus Kommunalverwaltung und Hausbesitzerkreisen, entstehen.

Auch unter diesen gilt es auszuwählen und Schwerpunkte zu setzen. Zwei Gesichtspunkte sind dabei wichtig:

- Welcher Konflikt muß im Interesse der Bewohner vorrangig

---

1) Haidhauser: Verteidigt eure Lebensbedingungen! GWA in München-Haidhausen, Arbeitsbericht 1971/72 vom Haidhausen-Büro; Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit Nr.7; Hrsg.: Victor Gollancz-Stiftung e.V., Frankfurt/M, 1973. Seite 11.

angegangen werden?

- Bei welchem Konflikt können die Bewohner am ehesten und am intensivsten lernen, wie den Gegnern entgegenzutreten ist?

Es wird eine wichtige Aufgabe der Gemeinwesenarbeiter sein, die Interdependenz beider Gesichtspunkte klar herauszuarbeiten und durch ihre Kombination einige Schwerpunkte festzulegen, die für die Arbeit des Teams und die Bevölkerung wichtig sind. Nur durch eine solche Gewichtung wird der Fehler vieler GWA-Teams vermieden: sie verzetteln sich, betreiben viele einzelne Dinge, ohne deren Verbindung untereinander untersucht zu haben. Um die Konflikte so zu aktualisieren, daß sie als solche erkannt werden können, müssen zwei Grundbedingungen erfüllt sein:

- 1) Material über das Viertel muß in Hülle und Fülle zusammengetragen werden. Nur so läßt sich die Situation im Viertel richtig einschätzen, können Parallelen zu anderen Vierteln gezogen werden und läßt sich eine bestimmte Entwicklung prognostizieren. Ein GWA-Team hat verhältnismäßig leichten Zugang auch zu "offiziellem" Material und kann diese Möglichkeiten für die Interessen der Bewohner nutzen.
- 2) Um Mißstände aufgreifen zu können, die den Bewohnern unter den Nägeln brennen, müssen Kontakte zur Bevölkerung bestehen. Die beste Möglichkeit, solche Kontakte zu festigen und zu vermehren, liegt in einer effektiven Arbeit, so daß die Bewohner merken: das GWA-Team nützt uns. Es ist demnach unerlässlich für die Arbeit eines solchen Teams, sich als Einrichtung des Viertels einen Namen zu machen: nicht durch Vorstellungsbriefe und Kaffeeklatsch, sondern durch konkrete Unterstützung der Bevölkerung.

Bei Aktionen gegen bestimmte Mißstände sind vor allem zwei Ziele wesentlich:

- Die materielle Situation der Bevölkerung soll sich auf dem betreffenden Gebiet verbessern;
- zugleich sollen die Bewohner in der Durchsetzung ihrer Interessen lernen, daß sie es sind, die sich die Verbesserungen erkämpfen müssen und daß man zur Durchsetzung seiner Interessen gemeinsam und organisiert kämpfen muß.

Diese Ziele sind nicht unabhängig voneinander zu sehen. Wir haben schon festgestellt: ohne Aktivität in vielfältiger Form, in allen wichtigen Lebensbereichen, können selbst elementare Bedürfnisse der Bevölkerung im Kapitalismus nicht erfüllt

werden. Der Kampf um diese materiellen Bedürfnisse ist also keinesfalls nur ein "Vehikel" um die Bevölkerung zu mobilisieren, wie es von reaktionären Politikern immer wieder behauptet wird.

Er ist auch kein Vehikel, um ihnen die Ausweglosigkeit der Kämpfe überhaupt zu zeigen und mit erhobenem Zeigefinger zu dozieren: 'seht her, im Kapitalismus könnt ihr Grundsätzliches eben nicht ändern'. Das wäre der sicherste Weg, bestehende Aktivitäten abzuwürgen. Denn leitet man die Kämpfe dahin, daß nichts dabei herauskommt, außer der Erkenntnis:

'wir können doch nichts erreichen', dann kann man auch nicht erwarten, daß um weitergehende Ziele überhaupt noch Aktivitäten entwickelt werden.

Der Kampf um die echte materielle Besserstellung verbunden mit dem Nachweis, daß eben im Kapitalismus ständig darum gekämpft werden muß: das ist eine Politik, die weder in bloß reformistisches Fahrwasser abgleitet, noch "revolutionaristisch" am objektiv Unerfüllbaren festhält. Unter diesem Gesichtspunkt ist es gerade positiv, solche Mißstände aufzugreifen, deren Bekämpfung Erfolge ermöglicht, indem z.B. die materielle Situation der Viertelsbewohner verbessert wird. Die Bewohner erfahren dabei, daß sie ihre Interessen selbst, als handelnde Subjekte, vertreten müssen, weil sie durch die 'repräsentative Demokratie' nicht hinreichend vertreten werden. Entscheidend für das Aufgreifen bestimmter Widersprüche, und damit auch für Erfolg oder Mißerfolg von Aktionen ist aber, was die Bevölkerung an ihnen lernen kann: ob sie die Erfahrung von Solidarität und von der Veränderbarkeit ihrer Lebensbedingungen macht und dafür weiter zu kämpfen bereit ist oder nicht.

Bei diesem Lernprozeß ist das Setzen von positiven Perspektiven ein entscheidendes Mittel. Wichmann/Müller<sup>2)</sup> lehnen sich eng an Makarenko an, wenn sie für den Lernprozeß der Zielgruppen drei Momente zur Berücksichtigung empfehlen: eine nahe, mittlere und weite Perspektive, wobei diese drei aufeinander bezogen sind.

---

2) Siehe Seite 10, hier Seite 223 und D.Wendt, a.a.O., Seite 114 f., hier Seite 229 f.

Dieses didaktische Vorgehen soll an einem Beispiel erläutert werden:

- der nahen Perspektive würde eine Mieterberatung entsprechen, damit die Mieter ihre Rechte kennenlernen;
- eine mittlere Perspektive wäre etwa die Forderung nach Kündigungsstop im Stadtviertel durch die Mieter;
- der weiten Perspektive würde ein überregionaler Kampf für Sanierung im Interesse der Mieter und für vom Einkommen abhängige Sozialmieten entsprechen.

So ist einerseits gewährleistet, daß über pauschalen Lösungen das Einzelinteresse nicht vernachlässigt wird, zum anderen können die Betroffenen systematisch an die Lösung "großer" Konflikte herangeführt werden.

Natürlich kann nicht jede dieser Ebenen ausschließlich für sich gesehen werden, sie hängen miteinander zusammen.

Eine Mieterberatung z.B. (Nahziel) muß geradezu in plattem Reformismus versanden, wenn mit ihr nicht die Strategie verbunden ist, alle Mieter zusammenzufassen, um mit ihnen gemeinsam bestimmte Forderungen im Viertel durchzusetzen. Das Fernziel solcher Aktionen wird sich zunächst vor allem propagandistisch niederschlagen, denn letztlich ist dieses Fernziel natürlich nicht im Rahmen professioneller GWA zu realisieren. Propaganda für diese Fernziele braucht nicht zu fortschrittlicher Gemeinwesenarbeit zu gehören, in der Regel wird sie auch nicht von Gemeinwesenarbeitern, sondern von politischen Gruppen und Parteien geleistet werden.

Freilich: falls in einem Team Einigkeit über die Frage des Fernziels festgestellt werden kann, sollten auch auf diesem Gebiet die Grenzen gegenüber dem Auftraggeber voll genutzt werden. Ausschlaggebend für erfolgreiche Gemeinwesenarbeit dürfte die richtige Verknüpfung der nahen und mittleren Zielsetzung sein.

### Herstellen von Kontakten

#### a) Unter den Betroffenen:

Die üblichen gesellschaftlichen Verkehrsformen im Kapitalismus haben dazu geführt, daß Konflikte und Widersprüche, die viele betreffen, in ihrer Austragung auf einzelne zurückfallen. So ist es leicht, mögliche Formen des Widerstandes zu



zersplittern, bzw. gar nicht mehr aufkommen zu lassen. Dieser künstliche und aufgezwungene Isolierungsprozeß muß durchbrochen werden, falls die Bevölkerung geschlossen ihre Interessen durchsetzen will und soll.

Erstes und wichtigstes Hilfsmittel ist hier wieder die Information, die das Herstellen von Kontakten innerhalb der Bevölkerung entscheidend erleichtert und vorantreibt. Als geeignetes Mittel haben sich dabei Informationsstände an zentralen Stellen eines Viertels erwiesen, kleinere Veranstaltungen zu bestimmten Themen und - obwohl eingeschränkt - auch Hausbesuche, bei denen allerdings der Gemeinwesenarbeiter leicht in die Rolle eines Handelsvertreters oder eines Lebensberaters gedrängt wird, ohne daß es unmittelbar zu weiteren Kontakten kommt.

Auf einer anderen Ebene müssen solche Kontakte natürlich stabilisiert und in organisatorische Bahnen gelenkt werden. Bürgerinitiativen, ad hoc-Gruppen etc. bieten sich dazu an.

b) Kontakte zu Behörden:

Der Adressat von Forderungen zur Verteidigung/Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil ist der Staat bzw. seine Organe in den Kommunen. Diese stehen den Stadtteilbewohnern in Gestalt der "Behörden" gegenüber und spielen hier teilweise die Rolle, die im Betrieb der Unternehmer hat. Die Auseinandersetzung der Bevölkerung mit ihnen bietet ihr ein ausgezeichnetes Lernfeld. <sup>3)</sup> Durch praktische Erfahrungen kann sie lernen, wieweit der Anspruch des "Sozialstaats" von den Organen des Staatsapparates verwirklicht wird. Manche Desillusionierung wird dabei herauskommen.

Professionelle Gemeinwesenarbeiter haben die Möglichkeit zu Behörden, die für das betreffende Gebiet zuständig sind, Kontakte zu knüpfen, um Informationen zu erhalten, die für die Arbeit im Viertel wichtig sind, z.B. Ergebnisse von nicht-öffentlichen Sitzungen, unveröffentlichte Berichte, die nächsten Schritte von Behörden in Konfliktfällen etc.

---

<sup>3)</sup> Dies bestätigt die Berliner Untersuchung "Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der BRD und Westberlin", Bericht einer Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin: "Wenn sich im Laufe des Bestehens der Bürgerinitiativen Veränderungen in der Qualität der Beziehungen zur Verwaltung ergaben, dann entweder zu Kooperation oder zur Gegnerschaft. Neutralität als Endstadium war praktisch ausgeschlossen." Seite 44, Zitat nach: Kursbuch 31, Berlin, Mai 1973, Seite 48.

Dies ist allerdings eher möglich, wenn es in den entsprechenden Institutionen fortschrittliche Mitarbeiter gibt, die im Interesse der 'Klienten' arbeiten wollen. Zwar sind diese im allgemeinen ohne großen Einfluß auf die Politik ihrer Institution und können auf wesentliche Entscheidungen keinen gewichtigen Einfluß ausüben, haben aber Informationen, kennen die Hintergründe und können deshalb eine Art "Frühwarnsystem" für die Gemeinwesenarbeiter sein, wenn diese sie als Verbündete gewinnen.

Es gibt Gemeinwesenarbeiter-Teams, die sich auf die Arbeit mit und in den Behörden, in Ausschüssen, Gremien etc. konzentrieren, um hier, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, Änderungen in den Verfahrensweisen und Entscheidungen zu erreichen. Dieser Ansatz, der also auf die Veränderung behördlicher Entscheidungen zugunsten der Betroffenen durch Kooperation mit den Behörden zielt, ist auch "funktionale Gemeinwesenarbeit" <sup>4)</sup> genannt worden. <sup>5)</sup>

---

4) s. Gemeinwesenarbeit in Hasenberg-Nord, Bericht 1970/71. München 1971, Seite 25.

5) Einleuchtender als diese Bezeichnung ist jedoch die von C.W. Müller, der als "konservative GWA" alles bezeichnet, was sich auf dem Gebiet der GWA lediglich darauf beschränkt, Elemente der traditionellen Sozialarbeit besser zuzuordnen, den Informationsfluß zu optimieren, also die traditionelle Sozialarbeit reibungsloser zu regeln, ohne sie in ihren Grundzügen anzutasten.

Als weitere Formen der GWA unterscheidet Müller noch das "reformpädagogische Konzept" und ein "aggressives Konzept". (Müller/Nimmermann: Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit, München 1971, S. 232 und 237.) Wir halten diese Einteilung inzwischen für unklar. In ihr werden zwar unterschiedliche Methoden der GWA genannt, aber diese methodische Klassifizierung reicht nicht aus, um die tatsächlich vorhandenen Unterschiede von GWA zum Ausdruck zu bringen. Eine Einteilung nach unterschiedlichen Inhalten im Sinne von Zielvorstellungen ist hier angebrachter. Wir schlagen deshalb vor, zwischen integrativer, auf soziale Befriedigung gerichteter GWA und solcher, die sich konsequent an den Interessen der Bevölkerung orientiert und diese durchzusetzen und zu verteidigen hilft, zu unterscheiden.

Diese inhaltliche Differenzierung sollte einer methodischen auf jeden Fall vorangestellt werden. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die methodische Einteilung Müllers auch dann nicht übernommen werden kann, denn je nach Inhalt der verschiedenen Ansätze von GWA werden auch ihre Methoden unterschiedlich sein. So wird sich z.B. eine fortschrittliche GWA durchaus einen heißen Draht zu Behörden halten und versuchen, mit fortschrittlichen Teilen der Behörden in Kontakt zu treten.

Es zeugt von einiger Naivität gegenüber den Organen des Staatsapparates bzw. den kommunalen Behörden, von ihnen generell die Bereitschaft und Möglichkeit zu wesentlichen kommunalpolitischen Veränderungen zugunsten der Bevölkerung zu erwarten. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß die Behörden erst dann, wenn sie von den Betroffenen unter Druck gesetzt werden, auf deren Interessen eingehen. Wenn es nicht zu einem solchen Druck durch die Bevölkerung kommt, laufen die Gemeinwesenarbeiter Gefahr, zum verlängerten Arm der Behörden zu werden. Dies würde dem Kampf der Bewohner schaden und der Gemeinwesenarbeiter würde potentiell zu ihrem Gegner werden. Es kann daher nicht Aufgabe eines fortschrittlichen Gemeinwesenarbeiters sein, mit den Behörden zu "mauscheln". Vielmehr muß er mit den Betroffenen auf sie Druck ausüben und in ihnen Verbündete zu gewinnen versuchen.

c) Kontakte und Zusammenarbeit mit politischen Organisationen

Meist sind die Gemeinwesenarbeiter nicht die einzigen, die in einem Stadtteil oder Wohnquartier arbeiten. Stadtteilgruppen der verschiedenen politischen Organisationen kümmern sich ebenfalls in unterschiedlicher Weise um die Interessen der Bevölkerung. An dieser Stelle soll noch nicht grundsätzlich auf das Verhältnis von Stadtteilarbeit und Gemeinwesenarbeit eingegangen werden. Uns geht es in diesem Zusammenhang lediglich um die Herstellung von Kontakten und um die Zusammenarbeit von GWA-Teams mit Gruppen politischer Organisationen.

Wenn wir eingangs festgestellt haben: fortschrittliche GWA zu betreiben, heißt unbedingt Partei für die Bewohner zu ergreifen, dann heißt das auch, daß keine Möglichkeit ungenutzt bleiben darf, die Interessen der Bewohner zu unterstützen. Dazu bedarf es vieler, die an einem Strang ziehen. Stadtteilgruppen politischer Organisationen haben in aller Regel einen gewissen Einflußkreis, der sich bestimmt zur Durchsetzung dieser oder jener Forderung mobilisieren läßt.

Da dürfen weniger weltanschauliche oder andere Gesichtspunkte angeführt werden die gegen eine intensive Zusammenarbeit mit solchen Gruppen sprechen. Wenn diese ebenfalls die lokalen Probleme in Angriff nehmen, werden sie selbst auch zur Zusammenarbeit mit einem GWA-Team bereit sein. Eine Schwierigkeit sollte dabei allerdings auf jeden Fall berücksichtigt werden: Sobald die Arbeit eines Teams so aussieht, als sei das Team praktisch ein "neutrales" Anhängsel dieser oder jener Gruppe, kann das GWA-Team in seiner Arbeit behindert werden, bzw. behindert es sich selbst. Es wird alte Kontakte verlieren, sich schwerer tun, neue zu knüpfen. Es wird Informanten verlieren und bei dem jetzigen politischen Bewußtseinsstand der Bevölkerung einen harten Kampf zu führen haben, um bestehende Vorurteile gegenüber dieser oder jener politischen Strömung auszuräumen.

Hier muß allerdings eingeschränkt werden: Obwohl formell kein Anlaß besteht, an der organisatorischen Neutralität eines GWA-Teams zu zweifeln, wird es doch oft geschehen, daß die Gemeinwesenarbeiter in eine bestimmte Ecke gedrängt werden, aus der sie kaum herauskommen können.

Diese Gefahr muß ganz deutlich gesehen werden. Das sicherste Mittel ihr zu begegnen, ist eine möglichst eigenständige Profilierung des Teams, also nicht weniger Aktivitäten als politische Gruppen, sondern mehr.

Im übrigen wird sich im Laufe der Zusammenarbeit mit politischen Organisationen herausstellen, welche Organisationen tatsächlich oder nur in Worten die Interessen der Bevölkerung vertreten, und mit welchen deshalb die Gemeinwesenarbeiter enger zusammenarbeiten können, ohne ihre Eigenständigkeit einzubüßen.

d) Bereitstellen von technischem und organisatorischem 'Know-how'.

GWA-Teams verfügen in der Regel über Abzugsmaschinen, Schreibmaschinen, Räumlichkeiten etc., die unerlässlich sind, um die Bevölkerung im Viertel zu unterstützen. Die Rolle dieser Mittel und ihr richtiger Einsatz sollten nicht unterschätzt werden. Hier können beispielsweise Bürgerinitiativen die Möglichkeiten erhalten, an die Öffentlichkeit zu treten, Mieterversammlungen stattfinden lassen etc. Diese Möglichkeiten sollte das GWA-Team nicht nach engstirnigen Gesichtspunkten vergeben, sondern allen anbieten, die sie brauchen, um damit die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

Zu 2): Aufklärung als Aufgabe fortschrittlicher GWA

Es ist eine Binsenweisheit: Obwohl die meisten Menschen bestimmte Widersprüche im Kapitalismus ganz konkret am eigenen Leib erfahren, obwohl sie sich ständig ihrer Haut wehren müssen, ist doch nur ein Bruchteil der Betroffenen detailliert über die Gründe, die dazu geführt haben, informiert.

Aufklärung hätte also vor allem die Ursachen für bestimmte Konflikte aufzuzeigen und die Hauptverantwortlichen zu benennen, damit die Stoßrichtung des Protestes nicht in irgendwelche Nebenbahnen abgelenkt werden kann, wie es ja der GWA durchaus zgedacht ist.

Aber diese allgemeine Form der Aufklärung bedeutet noch mehr. Sie beinhaltet zugleich, daß bestimmte politische Lernprozesse, die über die unmittelbar geplante Aktion hinausgehen, in Gang gesetzt werden sollen, damit die politische Betrachtungsweise: 'wie ist der Konflikt entstanden, wer ist sein Hauptschuldiger?' etc., schließlich dazu führt, daß die Bevölkerung immer selbstbewußter und widerstandsfähiger wird. Und zwar nicht nur auf der Ebene, die unmittelbar das Viertel betrifft, sondern auf allen Ebenen, auf denen heute der Kampf geführt werden muß.

Deswegen ist Aufklärung auch weiter gefaßt, als es die Aufgaben eines GWA-Teams zunächst vermuten lassen: die Vielzahl der Mißstände und Widersprüche eignet sich hervorragend, um an ihnen die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus aufzuzeigen. Nicht nur Miet- und Ausländerprobleme u.ä., sondern auch Umweltschutz, Verkehrssituation, die Ursachen von Streiks oder Betriebsstillegungen im Viertel sollten als exemplarische Erscheinungen dieser Gesellschaftsform aufgegriffen und erklärt werden. Dabei braucht man kein sozialistischer "Prophet" zu sein -- selbst mit Material aus der bürgerlichen Presse läßt sich da schon argumentieren. Natürlich dürfen nicht wahllos alle Widersprüche zum Anlaß genommen werden, um die Bürger aufzuklären. Dadurch würde ein GWA-Team zu einem "Informationsverein" herabsinken. Die Information und ihre Weitergabe ist streng auf die jeweiligen Hauptprobleme eines Viertels zu beziehen und soll über diese ein vollständiges Bild vermitteln.

Das erfordert vom Gemeinwesenarbeiter mehr, als reine Parteilichkeit: Um der drohenden Handwerkelei und der Verzettelung entgegen zu arbeiten, sind bestimmte längerfristige Ziele unerläßlich. Diese brauchen nicht weltanschaulicher Art zu sein. Es ist möglich, sie aus der Analyse des Viertels selbst zu beziehen und sie als Orientierungspunkte der praktischen Arbeit zu setzen. Im Unterschied zu politischen Gruppen, die sich politisch abgeleitete längerfristige Ziele setzen, muß das beim fortschrittlichen Gemeinwesenarbeiter nicht sein, wenn seine Zielsetzung auch objektiv politischen Charakter tragen wird, indem sie in einer bestimmten Weise in die Widersprüche des Viertels eingreift.

Gerade wenn davon ausgegangen wird, daß im Miet- und Wohnbereich die objektive Situation dadurch erschwert wird, daß Mieter in der Regel sehr heterogen zusammengesetzt sind und keinen engen Kontakt untereinander haben, kommt der Information der Mieter, auch über die Grenzen des Viertels hinaus, eine große Bedeutung zu. Denn nicht der Einzelne soll ja seinen Privatkrieg mit dem Vermieter ausfechten,

sondern das ganze Viertel soll sich gegen Hausbesitzerwillkür wehren. Um aber all die Einzelfälle zusammenfassen zu können, ist zunächst nichts wichtiger als Information und Aufklärung über die einzelnen Fälle und ihre Hintergründe.

Es muß noch einen Schritt weitergegangen werden. Auch die Aktionen in einem Viertel werden oft nicht ausreichen, das gewünschte Ziel zu erreichen. Durch Information und Aufklärung geht es (auch) darum, die einzelnen Kämpfe im Viertel mit der allgemeinen Bewegung zu verbinden, die Grenzen des Viertels zu sprengen. Dafür finden sich teilweise direkte Ansatzpunkte. Gegen Fahrpreiserhöhungen z.B. kämpfen die Bewohner aller Viertel, weil diese sie in der Regel alle betreffen. Und auch nur in dieser Breite hat der Kampf Aussicht auf Erfolg. Eine Kampagne gegen die Abschaffung des 'Weißen Kreises' geht nicht nur die Bewohner der Altbauwohnungen an, sondern auch die Bewohner der Neubauwohnungen, da im Zuge der Mietpreissteigerung der Altbauwohnungen die Mieten der Neubauwohnungen natürlich mitziehen. Allerdings wird an dieser Stelle schon die Ebene der Information und Aufklärung verlassen, wir bewegen uns auch auf organisatorische Fragen zu.

### Zu 3): Organisierung

In der praktischen Arbeit stellt sich die Frage schon recht bald: Wie lassen sich die spontanen Proteste, die losen Kontakte, die vielfältigen Informationen stabilisieren und dahin lenken, daß bei neuen Aktivitäten nicht immer wieder am Nullpunkt begonnen werden muß und ein Zusammenhang mit den einzelnen Aktionen gewahrt bleibt?

Den genannten drei Perspektiven (s.S.257) lassen sich drei Organisationstypen zuordnen. So entspricht der nahen Perspektive eine Organisationsform, die spezifisch auf die Lösung nur eines Problems gerichtet ist und sich danach auflösen kann, z.B. Verhinderung einer Exmittierung/Mieterhöhung durch gemeinsames Handeln von Hausbewohnern. Der mittleren Perspektive ist eine Organisationsform zuzuordnen, die auf die gesamte lokale Ebene orientiert ist, also etwa eine Bürgerinitiative. Der weiten Perspektive entspräche dann eine Organisation, die auf die Lösung grund-

sätzlicher politischer Fragen hinarbeitet und in den über-regionalen Kampf für eine Gesellschaftsordnung im Interesse der Lohnabhängigen einbezogen ist. \*)

Gewöhnlich werden sich Gemeinwesenarbeiter auf die Typen 1 und 2 konzentrieren und hier alle Möglichkeiten wahrzunehmen versuchen, solche Organisationsformen zu unterstützen oder zu initiieren. Dabei sind die Gemeinwesenarbeiter selbst kein Organisationsansatz, -ersatz oder gar selbst eine Organisation, sondern nur eine Initiative im Interesse der Bevölkerung unter vielen. \*\*)

Der verbreitetste Typ von Initiativen aus der Bevölkerung sind Bürgerinitiativen. Wir wollen uns hier nur mit solchen beschäftigen, die als Fordernde an den Staat herantreten, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern (staatsbürgerliche Aktivitäten von Papiersammelaktionen bis zu Nachhilfezirkeln bleiben unberücksichtigt). Diese Bürgerinitiativen haben einige charakteristische Merkmale, die sie von anderen Organisationsformen mit ähnlicher Zielsetzung unterscheiden:

- Obwohl die Forderungen der meisten Bürgerinitiativen durchaus politischen Charakter tragen, obwohl Bürgerinitiativen gewöhnlich auch Konflikte mit dem Staatsapparat und seinen Agenturen ausfechten, darf ihr Kampf nicht mit organisierter politischer Praxis verwechselt werden. Sie liegen vielmehr im Vorfeld politischer Organisation. \*\*) Weder verfügen die Mitglieder der Bürgerinitiativen in der Regel über eine gemeinsame politische Einstellung, noch haben sie im Normalfall eine langfristige politische Perspektive. Vielmehr wollen sie die Politik des Staates bzw. der Kommune in einem bestimmten Punkt korrigieren.
- Weil den meisten Bürgerinitiativen ein gemeinsamer politischer Standort fehlt, müssen Entscheidungen über Strategie und Taktik bei jedem konkreten und neu auftretenden Konfliktfall neu formuliert und entwickelt werden. Man einigt sich

\*) Vgl. dazu auch Wichmann/Müller, a.a.O., Seite 11, hier Seite 224 und D.Wendt, a.a.O., Seite 115, hier Seite 230.

\*\*) Vgl. dazu Müller/Oelschlägel/Thürmer-Rohr, a.a.O., Seite 17, hier Seite 28.



auf den größten gemeinsamen Nenner, der umso größer sein kann, je spezifischer und dringlicher das Problem ist, und der dort nur minimal ist, wo die Zielsetzungen der Bürgerinitiativen auf allgemeinpolitische Fragen stoßen und die Tagespolitik verlassen.

- Bürgerinitiativen stellen Forderungen auf und versuchen ihre Durchsetzung zu erreichen. Dabei liegen diese Forderungen durchaus in der Machbarkeit unseres Gesellschaftssystems, wie sich an einzelnen Erfolgen von Bürgerinitiativen ablesen läßt. Damit verbleiben die meisten Bürgerinitiativen eindeutig auf dem Boden der Reformen. Sie sind Zielscheibe des Spottes für jene, die meinen, Reformen schafften Illusionen und führten zu nichts und seien deshalb zu bekämpfen. Diese Kritik an den Bürgerinitiativen ist falsch. Weder wird von Ihnen ein revolutionärer Anspruch gestellt, noch geben sie in der Regel vor, durch ihre Tätigkeit die gesellschaftlichen Zustände grundlegend ändern zu wollen. Gemessen an ihrem eigenen Anspruch und an den Notwendigkeiten zur Verbesserung bzw. Verteidigung der materiellen Situation der Werktätigen in diesem Lande, sind Bürgerinitiativen eine Waffe von vielen, die zu Erfolgen führen können.
- In fast allen Beschreibungen und Analysen von Bürgerinitiativen finden sich Klagen über die Vielzahl von Mitgliedern aus den Zwischenschichten und über den Mangel an Arbeitern. Sowohl die Klagen, als auch der Zustand sind zu erklären. Selbst in hauptsächlich proletarischen Wohnquartieren, in denen auf dem Sektor der individuellen Reproduktion katastrophale Zustände herrschen, beginnen Arbeiter an einer anderen Front zu kämpfen: im Betrieb. Denn hier ist der Ort, wo die gesellschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus ihren Ausgangspunkt haben, nämlich im Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Gerade weil ihnen diese scharfen Waffen zur Konfliktlösung fehlen, sind Mitglieder der Zwischenschichten zum Kampf auf einer anderen Ebene gezwungen, die das Kapital nicht so unmittelbar trifft. Behörden, Ämter, Kommunalverwaltung, das sind ihre Gegner, denen sie ihre Forderungen abtrotzen müssen. Es sind häufig auch die Forderungen der

Arbeiterklasse, die hier miterkämpft werden, während die Arbeiter sie über den Lohnkampf erzwingen können.

Natürlich ist das auch ein guter Nährboden für alle Arten von Illusionen, denn wenn dem Staat etwas abzutrotzen ist, dann müßte doch durch seine schrittweise Besetzung der Kampf gewonnen sein, so wird häufig argumentiert. Die Desillusionierung findet hier weniger theoretisch statt, sondern ganz praktisch: Wenn die Forderungen so weit gehen und so hartnäckig vertreten werden, daß sie eben nicht erfüllt werden und der Staat seine Polizei auf die Köpfe der Bürger prügeln läßt.

- Oft hört man von der Gefahr der "Verselbständigung" von Bürgerinitiativen. Mit "Verselbständigung" ist gemeint, daß die eine Bürgerinitiative tragenden Mitglieder unfähig sind, die Interessen der Bevölkerung aufzunehmen, sie zu artikulieren und den Kampf für sie zu organisieren, und sich stattdessen in fruchtlose Debatten über Satzungen und Anträge zur Geschäftsordnung verlieren. Für solche Prozesse sind Bürgerinitiativen in der Tat sehr anfällig. Das hat folgende Gründe:
  - Bürgerinitiativen stehen in der Regel jedem offen, so daß nicht immer verhindert werden kann, daß versucht wird, bestimmte Einzelinteressen durchzusetzen, z.B. dadurch, daß die Interessenvertreter auf Versammlungen der Bürgerinitiativen genügend Stimmberechtigte mitbringen. Das kann ganze Bürgerinitiativen blockieren und zum merklichen Nachlassen des Interesses der Mehrzahl führen.
  - Weil keine einheitliche politische oder weltanschauliche Zielsetzung vorhanden ist, müssen Strategie und Taktik zu jedem Punkt neu erarbeitet werden.

Halten sich verschiedene politische Richtungen in einer Bürgerinitiative lange Zeit die Waage und treten sie immer wieder in Konkurrenz zueinander, werden wir es mit einer äußerst labilen Bürgerinitiative zu tun haben, deren Arbeit sich leicht im Gezänk der kontroversen Gruppen erschöpfen kann. Unabdingbar ist deswegen die Dominanz einer politischen Zielsetzung und der aus ihr abgeleiteten Strategie, um eine effektive Arbeit zu garantieren. Dabei spielt es weniger eine Rolle, welche Richtung sich durchsetzt, als die Tatsache, daß sich eine durchsetzt und von allen Mitgliedern akzeptiert wird.

## Stadtteilarbeit und GWA

### 1. Der Unterschied von Stadtteilarbeit und GWA

Die Zusammenarbeit mit politischen Organisationen führt zu einem weiteren Thema, das z.Zt. mit Recht große Aktualität hat: das Verhältnis von GWA und Stadtteilarbeit.

Über das, was Stadtteilarbeit eigentlich ist, herrscht verbreitete Unklarheit.

Chr. Wichmann/C.W. Müller z.B. schreiben dazu: "Wenn man eine begriffliche Trennung von 'GWA' und 'Stadtteilarbeit' .... einführen (will), so muß man die beiden Kriterien der Parteilichkeit (für das Proletariat) und der Organisationstätigkeit (innerhalb einer proletarischen Organisation) anlegen." <sup>8)</sup>

Uns scheint, diese Unterscheidung reicht nicht aus; sie ist zu oberflächlich. Parteilichkeit für das Proletariat, dieses Kriterium kann von fortschrittlichen Gemeinwesenarbeitern ohne weiteres ebenfalls angewendet werden, und auch die Frage nach der Organisationstätigkeit ist unzureichend erklärt. Daß Organisationstätigkeit innerhalb einer proletarischen Organisation nicht vom Gemeinwesenarbeiter in Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit betrieben wird, ist überhaupt keine Erklärung für den Unterschied.

So bleiben Wichmann/Müller bei Oberflächlichkeiten hängen, ohne den wesentlichen Unterschied herausgearbeitet zu haben. Die Unterscheidung zwischen beiden ist eine grundsätzliche: Fortschrittliche GWA beschränkt sich und muß sich eindeutig auf den Reproduktionsbereich beschränken, soll helfen, die individuelle Reproduktion der Arbeitskraft zu sichern und dafür bestimmte Methoden anwenden.

Stadtteilarbeit politischer Organisationen (und dabei sind hier vor allem sozialistische Organisationen gemeint) kennt

---

<sup>8)</sup> Siehe Seite 6, hier Seite 219.

die Aufsplitterung in "Produktion" und "Reproduktion" nicht. Dies vor allem deshalb, weil eben in der Politik sozialistischer Stadtteilgruppen der Arbeiter nicht in Arbeiter und Mieter aufgeteilt wird, sondern als Einheit, als ausgebeutetes Subjekt, behandelt wird.

Es geht hier darum, in allen Lebensbereichen materielle Verbesserungen zu erkämpfen, wobei dem Bereich der Produktion der Vorrang eingeräumt werden muß, weil hier der Ort ist, wo der Mensch seine soziale Zuordnung findet, sich der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital am deutlichsten zuspitzt, die Kampfmöglichkeiten am besten sind, und nicht zuletzt auch deshalb, weil die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zuerst die Fabriken und erst nachfolgend Wohnungen etc. erfassen wird.

Das GWA-Team muß dagegen die Ansätze seiner Arbeit auf das Viertel selbst beschränken. Das heißt nicht, daß ein GWA-Team nicht auch zu Fragen von Streiks und Betriebsstillegungen im Viertel Stellung beziehen kann. Solche Fragen aber werden hier eine Nebenrolle spielen.

Auf einer anderen Ebene kann gesagt werden: eine sozialistische Stadtteilgruppe wendet ihre allgemeine Zielsetzung und die Strategie, die dahin führen soll, auf bestimmte Bedingungen im Stadtteil an. Sie braucht keine spezielle Sanierungs-, Obdachlosen- oder Neubaugebietsstrategie, sondern hat eine allgemeine Strategie, die auf verschiedenen Ebenen unterschiedlich konkretisiert wird.

Auch Gemeinwesenarbeiter können ihre Arbeit aus einer allgemeinen Strategie ableiten, aber es ist bei ihnen nicht zwingend notwendig. Dabei wird sich herausstellen, daß eine Stadtteilgruppe im Prinzip alle Aufgaben wahrnehmen könnte, die auch von Gemeinwesenarbeitern gemacht werden, daß aber umgekehrt Gemeinwesenarbeiter aufgrund ihrer professionellen Rolle nicht die Aufgaben einer politischen Organisation wahrnehmen können.

Sozialistische Stadtteilgruppen haben gewöhnlich eine höhere Form der Organisation als GWA-Gruppen. Bei ihnen entspricht die Form der Organisation den langfristigen Zielsetzungen. Sie greifen die materielle und gesellschaftliche Lage des Proletariats auf, um es in eine Organisationsform umzusetzen, die dessen materielle und gesellschaftliche Lage prinzipiell verändern soll. Sozialisten organisieren nicht kurzfristig, abgestellt auf bestimmte Komplexe oder Kämpfe, sondern langfristig, als Vorbereitung auf schwerwiegende soziale Auseinandersetzungen. Hier ist die Organisation die schärfste Form der Waffe.

Zum anderen wird nach bestimmten Prinzipien organisiert, nach Inhalten, die nicht für jede Aktion oder für jedes Problem neu formuliert werden müssen, sondern in der Gesamtlinie der Organisation enthalten sind.

Das unterscheidet die Stadtteilarbeit ebenfalls von den Gemeinwesenarbeitern, denn bei jenen kann nicht vorausgesetzt werden, daß den Organisationsformen, die sie anregen, verbindliche inhaltliche Konzeptionen zugrunde liegen, und zwar solche, die nicht jedesmal, bei jeder konkreten Organisationsform, neu entwickelt werden müssen.

Stadtteilarbeit sozialistischer Organisationen und fortschrittliche GWA unterscheiden sich also vor allem nach ihrer inhaltlichen Zielsetzung und nach dem Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten, denn für fortschrittliche GWA ist es nicht notwendig, daß ihre Vertreter für die Umwandlung dieser Gesellschaftsordnung eintreten.

## 2. Zum Verhältnis von Stadtteilarbeit und GWA

Das Verhältnis ist ein wechselseitiges:

### a. von der GWA-Gruppe aus:

Stadtteilgruppen sind Bündnispartner, mit deren Hilfe sich bestimmte Interessen der Bewohner schneller und effektiver durchsetzen lassen. Sie können den verschiedenen Aktivitäten eine einheitliche Stoßrichtung geben, Verbindungen zu anderen Stadtteilen herstellen und dank ihres allgemeinen

politischen Konzeptes Gemeinwesenarbeiter auch hier und da anleiten. Weiterhin sind Stadtteilgruppen in der Lage, aufgrund ihrer finanziellen Unabhängigkeit von verschiedenen oder einem Geldgeber, ihre Arbeit langfristig einzurichten und auch dann fortzuführen, wenn sie z.B. mit Behörden, Hausbesitzern etc. scharfe Auseinandersetzungen führen müssen. Gemeinwesenarbeiter müssen da schon vorher aussteigen. So gesehen, werden Stadtteilgruppen, falls sie überhaupt vorhanden sind, auch die Arbeit der Gemeinwesenarbeiter in einer bestimmten Weise irgendwann einmal fortführen.

Aus alledem ergibt sich: Um fortschrittliche GWA machen zu können, um mit möglichst großem Nutzen die Bevölkerung zu unterstützen, muß die Zusammenarbeit von Gemeinwesenarbeitern mit Stadtteilgruppen nicht nur stattfinden, sondern die Gemeinwesenarbeiter müssen sich Methoden überlegen und mit den Stadtteilgruppen beraten, wie eine Unterstützung am wirksamsten sein kann.

Ihre Unterstützung für die politischen Organisationen ist dabei keineswegs unter "karitativen" Aspekten zu sehen. Letztlich kann GWA langfristig nur im Sinne der Bewohner betrieben werden, wenn politische Organisationen der Arbeiterklasse, die Bereitschaft der Bewohner, ihre Situation zu verbessern, in ihr organisatorisches und ideologisches Gefüge einbetten.

b. von der Stadtteilgruppe aus:

GWA-Teams sind ebenfalls als Bündnispartner zu behandeln. Dabei können diese Teams, vorausgesetzt die Zusammenarbeit ist gut, bestimmte Aufgaben übernehmen, die nicht unbedingt im Rahmen einer Arbeitsteilung, sondern eher im Rahmen einer abgesprochenen Gesamtkonzeption anfallen. So wird sich ein GWA-Team leichter tun, bei Behörden bestimmte Dinge zu erforschen, werden Gemeinwesenarbeiter in bestimmten Situationen leichter Zugang zur Bevölkerung finden und können so im Viertel ein Klima schaffen, das den politischen Gruppen ihre Arbeit erleichtert. Wendet man

die Makarenkosche Einteilung der Perspektiven in nahe, mittlere und weitere an, so läßt sich die Aufteilung der Arbeit zwischen GWA-Teams und Stadtteilgruppen etwa wie folgt schematisieren: Gemeinwesenarbeiter haben ihr primäres Arbeitsgebiet im Bereich der nahen und mittelfristigen Zielsetzung, während Stadtteilgruppen die nahe Zielsetzung nicht aus den Augen verlieren, aber primär im Gebiet der mittleren und der vor allem propagandistischen Fernziele arbeiten.

#### Zur Reichweite von GWA

Zum Schluß der Erörterungen stellt sich die Frage: Was kann denn nun GWA überhaupt bewirken, wo sind die Grenzen und wo sind Möglichkeiten zu erkämpfen?

Gewöhnlich gibt es fest umrissene Aufgabenstellungen, räumliche oder inhaltliche Nähe zum Geldgeber, Auflagen aller Art, mit denen der Gemeinwesenarbeiter an die kurze Leine gelegt werden soll.

Was hat er für Möglichkeiten?

Dafür gibt es mehrere Antworten, die nicht zuletzt auch davon abhängen, was der Gemeinwesenarbeiter selbst will. Diskussionen in Fachhochschulen, unter Gemeinwesenarbeitern und Sozialarbeitern laufen allerdings alle stets auf dieselbe Fragen hinaus: Wie verhält sich mein Beruf zu meinem "revolutionären" Anspruch? Ist er im Beruf schon verwirklicht, wenn ich nur ernsthaft genug dahinter stehe, oder kann der Beruf überhaupt als Vehikel für gesellschaftspolitische Ambitionen dienen? Oder gar im Extrem die Frage: Mache ich auf der einen Seite Beruf und auf der anderen "Revolution"?

Dazu ein paar Bemerkungen: Zunächst muß die Begrenztheit der Fragestellung im Gesamtzusammenhang der politischen Diskussion gesehen werden. Nur privilegierte Köpfe haben überhaupt Gelegenheit, ihren Beruf im direkten Zusammenhang mit gesellschaftsverändernden Gesichtspunkten zu sehen.

Im Normalfall ist man Schlosser, Maurer, Sekretärin oder Ingenieur und findet in diesen Tätigkeiten wenig Beziehung zu

gesellschaftsverändernder Tätigkeit durch die Berufstätigkeit selbst. Das schließt natürlich nicht aus, daß sich Schlosser, Maurer, Sekretärin und Ingenieur zusammenschließen, um die Gesellschaft zu verändern. Aber sie werden dazu nicht ihre unmittelbare Berufstätigkeit benutzen, sondern eine Organisation und eine Weltanschauung, mit der sie auch am Arbeitsplatz, und vor allem dort, die kapitalistische Gesellschaft bekämpfen.

Anders schwebt es manchen Sozialarbeitern, vor allem Gemeinwesenarbeitern, vor. Sie wollen ihre Berufstätigkeit unmittelbar dazu benutzen, gesellschaftsverändernd tätig zu werden. Manche verstehen sich sogar als Berufsrevolutionäre. Was davon zu halten ist, hat dieser Text hoffentlich ein wenig klarer gemacht.

Wird tatsächlich versucht, nur in der isolierten Berufstätigkeit als Sozialarbeiter ein Vehikel zur Veränderung der Gesellschaft zu sehen, dann sind entweder Träumer am Werk, die harmlose Nächstenliebe oder Mieterberatung bereits für gesellschaftsveränderung halten, oder der Träger läßt völlig freie Hand, was eine Ausnahme ist.

Es ist schlechterdings nicht vorstellbar, daß im Kapitalismus Tätigkeiten finanziert werden, die sich gegen das Gesellschaftssystem wenden. Freilich gibt es Abstufungen, die oft irreführend als "Freiräume" bezeichnet werden, in denen man scheinbar größere Freiheiten genießt. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um bestimmte Widersprüche innerhalb des Systems, deren Lösung noch nicht endgültig entschieden ist. Sicher ist allein, daß sie früher oder später "gelöst" werden. So ist z.B. mit dem Auftreten vieler fortschrittlicher Lehrer sowohl deren Ausbildung, als auch deren Beschäftigungsmöglichkeit durch undemokratische Berufs- und Ausbildungsverbote rigoros eingeschränkt worden. Hier handelt es sich nicht um Einschränkungen von Freiräumen, sondern um den staatlichen Angriff auf demokratische Rechte, wie z.B. das Recht auf freie Berufsausübung. Es werden in der Einengung und in dem Abbau dieser Rechte zu Recht Maßnahmen des Staates gesehen, das öffentliche Interesse, die Ausbildung etc. immer mehr den



Monopolinteressen unterzuordnen.

Obwohl diese angesprochenen Tätigkeiten von sich aus nicht einmal einen Beitrag zur Gesellschaftsveränderung leisten können, sondern höchstens mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung auf einem ganz beschränkten Gebiet fortschrittlichen Einfluß ausüben können, sind sie nicht völlig irrelevant, wenn sie von Menschen ausgeübt werden, die einen gesellschaftsverändernden Anspruch haben. Es gilt für sie in diesen Stellen, die Inhalte zu vertreten, die ohne Eigengefährdung und drohenden Verlust des Arbeitsplatzes gerade noch durchgesetzt und vertreten werden können. Freilich wird auch die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit unter politischen Gesichtspunkten niemals die politische Hauptaufgabe eines sozialistischen Gemeinwesenarbeiters sein können und dürfen. Wichtiger ist da vielmehr die gewerkschaftliche Organisierung, das gemeinsame Durchsetzen von Interessen, die im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung sind. Dabei muß materialistisch vorgegangen werden.

Ein Beispiel: Viele Sozialpädagogen zerbrechen sich den Kopf über fortschrittliche Erziehungsmethoden, diskutieren jahrelang diese oder jene Theorie und sind aufrichtig davon überzeugt, daß sie ihrem gesellschaftsverändernden Anspruch höchst gerecht werden. Dabei achten sie oft die gewerkschaftliche Arbeit nur gering - Lohnforderungen, bessere Arbeitsbedingungen etc. sind ihnen zu profan.

Das ist ein falscher Ansatz, fortschrittliche Arbeit im Beruf zu machen, ein Ansatz, der falsche Schwerpunkte setzt.

Richtig verhalten sich jene, die zunächst versuchen, für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Dabei decken sich deren Interessen teilweise mit denen der werktätigen Bevölkerung. Fordern z.B. Sozialpädagogen mehr Kindergartenplätze und weniger Kinder pro Erzieher, dann ist das eine Verbesserung ihrer Arbeitssituation, gleichzeitig aber auch eine Forderung, hinter die sich die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung stellen kann. Genau das aber ist unerläßlich für den Kampf der Sozialarbeiter, wenn er wirklich erfolgreich geführt werden soll. Nur auf die eigene Kraft gestützt, vermögen sie wenig durchzusetzen.

Am geschilderten Beispiel läßt sich auch ableiten, was Gemeinwesenarbeiter mit gesellschaftsveränderndem Anspruch zu tun haben. Deutlich ist hoffentlich geworden: Für sich genommen ist auch noch so fortschrittlich betriebene GWA nicht gesellschaftsverändernd, sondern allerhöchstens können gewisse Strukturen infrage gestellt und in bescheidenem Umfang Unterstützung der Bevölkerung geleistet werden.

Dabei darf nicht vergessen werden, auf die relative Bedeutungslosigkeit von GWA überhaupt hinzuweisen. Denn daß überhaupt über ihren politischen Stellenwert diskutiert werden muß, liegt nicht an Strategie und Taktik der gesellschaftsverändernden Konzeptionen selbst. In ihnen ist GWA nicht vorgesehen. Vielmehr sind viele fortschrittliche Gemeinwesenarbeiter auf die Idee gekommen, ihrem gesellschaftspolitischen Anspruch über ihre Berufstätigkeit gerecht zu werden. Ähnliches findet man häufig auch bei Lehrern, die meinen, schon in ihrer Berufstätigkeit politisch oder gesellschaftsverändernd zu arbeiten. Auch sie verwechseln ihre Arbeit mit der eigentlichen politischen Tätigkeit und sehen nicht, daß fortschrittlicher Unterricht oder fortschrittliche GWA allenfalls mitbenutzt werden können, um einem politischen Anspruch gerecht zu werden.

Zudem muß festgestellt werden, daß nicht der Anspruch als Motiv politischer Tätigkeit gelten kann, sondern nur die Einsicht in die objektive Notwendigkeit. Und zu dieser Einsicht gehört es auch, die Dinge, die man betreibt, nicht am individuellen Befriedigungsgrad, sondern an ihrer objektiven Funktion im Zusammenhang der gesellschaftsverändernden Strategien zu messen.

In diesem Zusammenhang ist GWA allerdings nicht einmal eine Randgröße und wird nur da für eine sozialistische Strategie relevant, wo Verbindungen und Arbeitsteilungen zwischen sozialistischen Stadtteilgruppen oder anderen Organisationsformen notwendig sind oder sich ergeben.